Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 174. Mittwoch den 23. Juni 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Versteigerung auf den Abbruch.

Die zum alten Thomasschulgebäude, Thomaskirchhof Nr. 18/20 (Nr. 569 Abth. A des Brandcatasters), gehörigen beiden Nebengebäude sollen
Freitag, den 25. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, 1. Etage Zimmer Nr. 16 auf den Abbruch versteigert werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Die Besichtigung der Baulichkeiten kann am 22. und 23. dieses Monats je Vormittags von 10 bis 12 Uhr erfolgen, und wolle man sich dieserhalb an den Schulhausmann Huber wenden.

Leipzig, am 8. Juni 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 3414. Dr. Georgi. Stöß.

Königl. Sächs. Standesamt.

Wegen Reinigung der Localitäten wird Donnerstag, den 24., und Freitag, den 25. dieses Monats, nur **Vormittags von 8 bis 11 Uhr** expedirt.

Die in den Standesamtslocalitäten befindliche **Friedhofs-Expedition** und Casse ist auch nur während vorgedachter Zeit geöffnet.

Der Standesbeamte.
Trinckler.

Bekanntmachung.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das von der Polizeiverwaltung zu Erfurt unterm 18. Februar 1879 für **Caroline Meinhardt** aus Erfurt ausgestellte Dienstbuch im Herbst vor. Js. in hiesiger Stadt abhanden gekommen.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle bei uns abzugeben.

Leipzig, am 15. Juni 1886.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Faldy.

Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen städtischen Krankenhause ist die Stelle einer Krankenwärterin zur Erledigung gekommen. Geeignete Bewerberinnen werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst Zeugnissen bis zum 28. ds. Mts. anher einzureichen. Der Krankenwärterin wird außer freier Wohnung, Beköstigung, Heizung und Beleuchtung ein Jahresgehalt von 360 ℳ gewährt.

Borna, den 19. Juni 1886.

Der Stadtrath.
Löhr, Bürgermeister. Stichler.

Der diesjährige

Wollmarkt

zu Hannover wird am 28., 29. und 30. d. Mts. auf dem Packhofe abgehalten.

Hannover, den 9. Juni 1886.

Der Magistrat der königlichen Residenzstadt.
Haltenhoff.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlbewegung in England.

Verwirrung ohne Ende! Das ist das Ergebniß der Gladstone'schen Homerule-Bewegung. Lord Churchill hat das rechte Wort gefunden. In der Sitzung des Unterhauses, in welcher Hicks Beach Gladstone beschuldigte, daß sein Verhalten nur den Zweck habe, an der Gewalt zu bleiben, sprach Churchill die Ueberzeugung aus, daß Gladstone durch die unendliche Verschleppung der Entscheidung über die Homerulefrage und durch die vielen Reden seiner Anhänger nur Verwirrung stiften wolle. Und das ist Gladstone allerdings in sehr hohem Maße gelungen. Wenn die Wähler heute ihre Stimmen abgeben sollen, so wissen sie so wenig, woran sie eigentlich mit der irischen Frage sind, wie vor sechs Monaten. Die zwei Monate ausfüllenden Verhandlungen über die Homerulefrage haben nur dazu gedient, eine an sich klare Sache unklar zu machen, und in dieser Taktik führt Gladstone auch während der Wahlbewegung fort, und Chamberlain leistet ihm darin, vielleicht unbewußt, und wider Willen Beistand. Gladstone ruft den Wählern zu: Die Homerulevorlage ist todt, aber das Princip der Vorlage lebt, und Chamberlain erklärt: Eine Vereinigung aller Liberalen über eine neue Homerulevorlage ist noch immer möglich; es ist nur dazu nöthig, daß meine Abänderungsanträge Berücksichtigung finden. Kann es etwas Widerspruchsvolleres geben, als diese Erklärung aus dem Munde eines Mannes, durch dessen Abstimmung das Schicksal der Homerulevorlage entschieden worden ist? Hätten Chamberlain und seine 45 Getreuen Gladstone im kritischen Augenblick nicht im Stich gelassen, dann wäre das Princip der Homerulevorlage, an welchem Gladstone heute noch festhält, zum Siege gelangt, und heute spricht Chamberlain die Hoffnung aus, daß es zum Siege gelangen werde. Was sollen denn die Wähler von solchem Gebahren denken? Ein so feines Unterscheidungsvermögen besitzt der Durchschnittswähler nicht, daß er im Stande wäre, einem Chamberlain durch seine labyrinthischen Gedankengänge zu folgen, er kann nur fassen, daß man die Begründung eines irischen Parlaments billigt aber vermißt; über die Bedingungen, unter welchen ein irisches Parlament denkbar ist, sich in scharfsinnigen Untersuchungen zu ergehen, auf welche Materien die Mitwirkung der irischen Abgeordneten im englischen Parlament einzuschränken sei, darüber nachzudenken ist der Wähler nicht berufen, das ist Sache der Regierung.

Und deshalb hat Churchill das Richtige erwählt, wenn er die Homerulefrage zu einer persönlichen Angelegenheit Gladstone's stempelt. Darauf kommt es an, ob Gladstone an der Spitze der Geschäfte verbleibt oder einem conservativen Ministerium weicht. Churchill hält sich an Gladstone's Person, an seine autokratischen, dictatorischen Neigungen, er geißelt seine grenzenlose Selbstsucht, seine greisenhafte Eitelkeit und beschwört die Wähler, sich von dem niederdrückenden Einfluß dieses Mannes frei zu machen. Dagegen zieht Chamberlain die Möglichkeit in Betracht, daß Gladstone im Amte bleibe und sucht die Bedingungen auf, unter welchen das möglich sei. Dieser vermittelnde Standpunct ist der schlimmste und gefährlichste, weil er die Wähler unsicher macht und in ihnen Hoffnungen erweckt, die niemals erfüllt werden können. Eine Vermittelung zwischen einem irischen und einem englischen Parlamente giebt's nicht, entweder die Iren scheiden aus dem englischen Parlament aus oder sie verbleiben darin. Die Theilung in gemeinsame und in besondere irische Angelegenheiten, wie sie Chamberlain anstrebt und Gladstone scheinbar zugesteht, ist nicht möglich, weil die Iren selbst davon nichts wissen wollen. Machen sie in dieser Beziehung Zugeständnisse, so thun sie es nur zum Schein und in der festen Absicht, den Vertrag bei der nächsten Gelegenheit rückgängig zu machen. Die Iren wollen los von England und jeder Anfang zur Erfüllung dieses Wunsches wird von ihnen begierig erfaßt, aber es bleibt nicht bei dem Anfang, den Iren ist an der Einflußnahme auf die gemeinsamen Angelegenheiten nichts gelegen, sie haben kein Herz und kein Interesse für englische und schottische Angelegenheiten, dafür wollen sie aber auch, daß sich das englische Parlament nicht um die irischen Angelegenheiten kümmert.

Es war von Parnell ein wohlberechneter Schachzug, daß er Lord Carnarvon an die Versprechungen erinnerte, welche er den Iren angeblich gemacht habe im Sinne der Selbstverwaltung. Wenn solche Versprechungen, Anerbietungen oder Vorschläge von conservativer Seite wirklich gemacht worden sind, dann ist ja die ganze Gegnerschaft der Conservativen gegen die Homerulevorlage eitel Spiegelfechterei, dann handelt es sich ja um die Form, nicht um den Inhalt, um die Person, nicht um die Sache. Wenn die Frage so liegt, ob Gladstone den Iren Selbstverwaltung giebt oder Salisbury, dann ist ja der ganze langwierige Streit um die Homerulevorlage ein Streit um Kaisers Bart gewesen, der für die Wähler gar kein Interesse hat. Nun leugnet aber Carnarvon ganz entschieden, irgend eine derartige Zusage gemacht zu haben und Salisbury bestätigt diese Behauptung; das Torycabinet hat sich niemals mit einem Vorschlage zur Herstellung eines irischen Parlaments befaßt. Aber der Stachel der Parnell'schen Behauptung bleibt demnach zurück, die Wähler schütteln die Köpfe und meinen, daß irgend etwas Derartiges doch wohl zwischen Carnarvon und Parnell besprochen worden sei, was Carnarvon nur jetzt nicht Wort haben wolle.

Die Wahlbewegung nimmt einen Verlauf, welcher nur wenig Hoffnung gewährt, daß ein neues Wahlergebniß eine klarere Lage schaffen werde. Die Parteiunterschiede sind den Engländern so tief ins Blut übergegangen, daß bei der Stimmabgabe doch stets die Frage den Ausschlag geben wird, ob der Candidat der conservativen oder der liberalen Partei angehört. Die Unterscheidung, ob Anhänger der Homerule oder Gegner, ist nicht durchschlagend genug, zumal jetzt nicht, nachdem Chamberlain die Absicht kundgegeben hat, eine Vermittelung zwischen dem Standpuncte Gladstone's und dem seinigen anzustreben, und noch weniger, nachdem Zweifel darüber entstanden sind, ob nicht die Conservativen, wenn sie am Ruder sind, selbst eine Form der irischen Selbstverwaltung aufsuchen werden. Die Frage für die nächsten Wahlen kann nur lauten: Gladstone oder Salisbury und damit liberal oder conservativ; in welcher Weise sich die Parteibestrebungen kundgeben werden, ist vorläufig gleichgiltig. Wenn die liberale Partei die Ausscheidung der Iren aus dem englischen Parlament für möglich und zweckmäßig hält, so können schließlich die Wähler damit auch einverstanden sein. Denn man darf nicht vergessen, daß die Führer die Partei bilden und zusammenhalten, nicht die Wähler. Wenn die Ansichten der Führer über die Homerule so weit auseinandergehen, wie die Chamberlain's, Hartington's und Churchill's, dann ist eben das Streben erkennbar, die Parteiunterschiede trotz der Homerule und neben ihr aufrecht zu erhalten. Homerule oder nicht, Conservativ oder Liberal, Versöhnung oder Gewaltmaßregeln, strenge Durchführung des Grundsatzes oder Vermittlung, Alles sind nur Vorwände, hinter denen sich die Hauptsache verbirgt: die Personenfrage. Diese hat Churchill in den Vordergrund gestellt und damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Wahlen haben darüber zu entscheiden, ob Gladstone Ministerpräsident bleiben soll oder nicht.

Leipzig, 23. Juni 1886.

* **Der Bundesrath** wird am heutigen **Mittwoch, den 23. d. M., eine Plenarsitzung** abhalten.

* Mit der jetzt begonnenen Woche fängt noch eine **parlamentarische Nachlese** an. Alle parlamentarischen Körperschaften, Reichstag, preußisches Herrenhaus, Abgeordnetenhaus, werden noch einmal zusammentreten, um Reste aufzuarbeiten. Am Dienstag eröffnete das **Abgeordnetenhaus** die Reihe. Ihm liegen noch die Nothstandsvorlage für das Weichselgebiet, etliche kleinere Gegenstände und zwei vom Herrenhause abgeänderte Gesetzentwürfe, betreffend die westfälische Kreisordnung und den Verkehr auf Kunststraßen, ob, vielleicht auch noch die Berathung des Antrags von Hammerstein über die Stellung der evangelischen Kirche. Diese Arbeiten lassen sich in ganz wenigen Tagen erledigen, und wenn dann das Herrenhaus nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist das westpreußisch-posensche Lehreranstellungsgesetz erledigt hat, kann der preußische Landtag geschlossen werden. Dienstag trat auch die Branntweinsteuer-Commission des **Reichstags** wieder zusammen, um den Bericht festzustellen, und am Freitag das Reichstagsplenum. Ueber die praktische Werthlosigkeit dieser letzten Nachsession des Reichstags haben wir uns wiederholt ausgesprochen. Die Branntweinsteuerreform kann, wie die Dinge im gegenwärtigen Augenblick liegen, zu einem positiven Ergebniß nicht mehr geführt werden. Der Reichstag kann in dieser vorgerückten Jahreszeit und bei dem vollständig negativen Resultat der Commissions-Berathungen nichts thun, als ein verneinendes Votum abzugeben. Wir haben aber auch wiederholt ausgeführt, daß daran nur die Ungunst der äußeren Umstände und der Mangel an genügender Einwirkung auf die Conservativen schuld ist, an deren hartnäckigem agrarischen Widerstand vorzugsweise die Verständigung gescheitert ist, daß sich aber bei den bisherigen Verhandlungen doch die Möglichkeit und die Grundlage einer Vereinbarung gezeigt und damit die Aussicht eröffnet hat, die Angelegenheit im nächsten Winter mit besserem Erfolg aufs Neue in Angriff zu nehmen. Was den Reichstag sonst noch beschäftigen wird, ist entweder geringfügiger Art, wie die Literarconvention mit Großbritannien und die Errichtung des orientalischen Seminars, oder es hat keine Aussicht, in dieser hochsommerlichen Jahreszeit noch zur vollen Erledigung zu kommen, wie das Militair-Hinterbliebenen-Gesetz. Die Nachsession des Reichstags wird sonach mit äußerst geringem, praktischem Nutzen verlaufen und ebenfalls in wenigen Tagen geschlossen werden können. Mit Ablauf dieses oder spätestens in den allerersten Tagen des nächsten Monats werden sonach die parlamentarischen Arbeiten nach überlanger Dauer endlich vollständig zur Ruhe kommen.

* Der „Osservatore Romano" bespricht die **Zukunft des Centrums**. Nachdem das vaticanische Blatt zunächst die schon vom „Moniteur de Rome" hervorgehobene Thatsache verzeichnet, daß das Centrum neben der kirchenpolitischen Streitfrage noch auf socialem Gebiete eine große Aufgabe zu erfüllen habe, betont dasselbe, der „Germ." zufolge, an die Encyklica des heiligen Vaters über die sociale Frage anknüpfend, daß die katholische Kirche einen mächtigen Factor bilde, mit dem Jeder rechnen müsse, der auf socialem Gebiete etwas erreichen wolle. Das Centrum werde diesen Gesichtspunct nie aus den Augen verlieren und mit der gewohnten Entschlossenheit und Kampfesfreudigkeit auf der betretenen ehrenvollen Bahn fortschreiten, welche ihm die Sorge um die socialen Interessen des Landes stets vorgezeichnet hätten. Gewiß sei daher, daß jene heldenmüthige Schaar die vollständige Verwirklichung ihres Programms, wie es von Anbeginn aufgestellt und nie aufgegeben war, sich zur Lebensaufgabe stellen würde, und als ein großes Glück werde es bezeichnet werden müssen, wenn auch die Katholiken anderer Länder dem gegebenen Beispiele der ausdauernden Thatkraft der deutschen Katholiken folgen würden, weil nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt die unbedingte Nothwendigkeit einer socialen Reform vorliege und überall die Wege, welche zum Ziele führten, dieselben seien.

* **Der Kaiser von China** hat folgenden Angehörigen der **deutschen Admiralität** und **Marine** den Orden des **doppelten Drachen** verliehen: Ersten Grad dritter Classe: dem Chef der Admiralität, Generallieutenant v. Caprivi, und dem früheren Chef der Admiralität, General der Infanterie v. Stosch; den Zweiten Grad zweiter Classe: dem Geh. Admiralitäts-Rath Brix, dem Geh. Admiralitäts-Rath Dietrich, dem Geh. Adm.-Rath Gretzt, dem Geh. Adm.-Rath Krüger, dem Capitain z. S. Thomsen und dem Corvetten-Capitain Sack; den Dritten Grad zweiter Classe: dem Admiralitäts-Rath Retter. Das Patent trägt das Datum: „Gegeben zu Peking am 17. Tage des dritten Monats im zwölften Jahre der Regierung des Kaisers Quangsü." — Nach unserer Zeitrechnung wäre dies der 15. April d. J. Vorgeschlagen wurden diese Ordensverleihungen von dem derzeitigen Gesandten Chinas in Berlin Hsü-Ching-Cheng, nachdem derselbe die Geschäfte der chinesischen Gesandtschaft von seinem Vorgänger übernommen und hierbei von der Unterstützung Kenntniß erlangt hatte, welche seitens der deutschen Admiralität der chinesischen Gesandtschaft in Berlin bei Beaufsichtigung des Baues der aus den Schiffswerften des Stettiner „Vulcan" hervorgegangenen chinesischen Kriegsschiffen zu Theil wurde. Der kaiserlichen Genehmigung wurden diese Ordensverleihungen von dem Vicekönig des Petscheli Li-hung-tschang unterbreitet. Bereits am Dienstag voriger Woche war von Letzterem eine amtliche Zuschrift mit den großen vicekönigl. Siegeln an den Gesandten Hsü-Ching-Cheng hierselbst eingetroffen, worin die erfolgte Genehmigung der Ordensverleihungen und demnächstige Uebermittelung der Insignien nach Berlin mitgetheilt wird.

* Wie verschiedenen Blättern gemeldet wird, hat der Kaiser dem Commandanten Capitainlieutenant Grafen Baudissin I. und der Besatzung von S. M. Kreuzer „Albatroß" für deren ausdauerndes und braves Verhalten in den diesjährigen Februar- und Märzkämpfen im **Bismarck-Archipel** seine Anerkennung aussprechen lassen.

* * *

* **Die österreichische Regierung** hat einen Pyrrhussieg zu verzeichnen. Wie es nicht anders zu erwarten stand, wurde der Antrag des Abgeordneten Sueß in der vielbesprochenen Petroleumfrage vom deutschösterreichischen Club abgelehnt, aber nur mit einer Majorität von sechs Stimmen; es kommt also nicht zu einer Cabinetskrisis, Finanzminister Dunajewski bleibt dem Reich erhalten. Die Debatten selbst waren sehr bewegt, und abermals trat die beklagenswerthe, für das österreichische Parlament bereits typisch gewordene Erscheinung auf, daß beleidigende, ehrenrührige Zwischenrufe gethan wurden. Der Pole Finanzminister Dunajewski war es, der den deutschen Abgeordneten Sueß, als dieser auf das ethische Moment in seinem Antrag hinwies, mit dem Ausruf „Komödiant" unterbrach. In Geldsachen haben die österreichischen Polen von jeher das weiteste Gewissen gezeigt, und wenn nun ein Volksvertreter darauf hinweist, wie sehr die allgemeine Sittlichkeit und das öffentliche Pflichtbewußtsein untergraben wird, wenn man von Regierungs wegen einen Schmuggel im großen Styl, wie er thatsächlich bei der Einfuhr von raffinirtem Oel als Rohöl nach Ungarn betrieben wird, duldet, so glaubt der Finanzminister polnischer Nation diesen schwerwiegenden Vorwurf kurzer Hand abthun zu können, indem er die Eitelkeit der öffentlichen Meinung als Komödienspiel verdammt. Für Herrn v. Dunajewski hat, wie Dr. Herbst auch ausführte, lediglich das Wort des Gründers Giltigkeit: „Die Moral steht nicht auf der Tagesordnung." Eine große Industrie, die galizische Petroleumindustrie mit ihren 50,000 Arbeitern, wird geschädigt, dem öffentlichen Rechtsbewußtsein sprechen einige wenige capitalskräftige Firmen geradezu Hohn, den Schleichhandel, der im Kleinen so strenge bestraft wird, sanctionirt man gewissermaßen im Großen, und über all dies setzt sich die Regierung und setzen sich die Parteien der Rechten ohne Bedenken hinweg, um Ungarn und die Geldmächte der Rothschildgruppe bei guter Laune zu erhalten. Den Ungarn verschlägt es natürlich nicht, wenn sie geschmuggeltes Petroleum als Rohöl beziehen, wenn sie es nur wohlfeil bezahlen; sie werden auch, um einen Ersatz dafür, daß der Reichsrath den Zoll auf Rohöl statt mit 1 fl. 42 kr., wie es die Vorlage der österreichischen Regierung wollte, mit 2 fl., also mit einer geringen Erhöhung annahm, nicht verlegen sein. Seit dem Bestehen des Dualismus haben die vorsorglichen Ungarn noch in keinem einzigen Falle gegenüber der österreichischen Reichshälfte den Kürzeren gezogen; denn das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu einer Monarchie ist bei den Ungarn nur gering entwickelt. Die großen Geld- und Handelshäuser aber, die Rothschild, Ofenheim, Reschauer, Freund, Guttmann werden vollends befriedigt über den Ausgang der Verhandlungen sein, da sie ihre Interessen, wenn auch auf Kosten der Gesammtheit, bei der Regierung wohl gewahrt wissen, was man heute „gesunden Egoismus" nennt. Dieselbe traurige Komödie wurde abermals aufgeführt, wie sie schon einmal in noch größerem Maßstabe in der Nordbahnfrage gespielt wurde. Damals handelte es sich um die Verstaatlichung der reichsten und wichtigsten Verkehrsader Oesterreichs, und trotzdem die öffentliche Meinung in Oesterreich damals stürmisch erregt war, wurde doch unter Beihilfe der Reichsregierung das Recht des Staates einem Monopol von wenigen Capitalkräften zu Liebe preisgegeben. Man hielt auf deutscher Seite damals es nicht mehr für möglich, daß eine ähnliche, gelinde gesagt, Hintansetzung der Vortheile des Reiches nochmals vorkommen könne, und doch kam sie abermals vor, und die Parteien der Rechten stimmten, wenn auch in peinlichster Verlegenheit, demüthig zu. Der Ultramontane Hofrath Lienbacher selbst, gewiß kein Freund der deutschen Opposition, geißelte in schärfsten Worten das Vorgehen der Regierung, er warnte vor den Gefahren, die dadurch entstehen müßten, wenn sich das Volk an den Gedanken gewöhnt, daß den Reichen der Erde Alles zu thun gestattet sei, ein Gedanke, der den Anarchisten Oesterreichs neue Kräfte zuführen müsse. Aber er blieb ein Prediger in der Wüste, die deutschen Klerikalen stimmten doch gegen den Antrag Sueß. Es liegt ihnen allen zu sehr daran, die Regierung zu stützen und ihr in ernsten Fragen keine Verlegenheiten zu bereiten. So gehen die Regierung und die Parteien der Rechten wohl als Sieger aus den Zollverhandlungen hervor, aber beide empfinden danach das Bewußtsein einer starken moralischen Niederlage, und gerade das herausfordernde Auftreten des Finanzministers Dunajewski sollte vielleicht die peinliche Unsicherheit der Regierung maskiren. Man hat sich in jüngster Zeit in Oesterreich daran gewöhnt, die idealen Forderungen, die im Volksleben immer wieder durchbrechen, und das öffentliche Rechtsgefühl zu mißachten, weil man sie bisher mit Erfolg verletzt hat; aber schließlich häuft sich eine solche Summe von Erbitterung an, daß sie auch Denjenigen, welche im Besitze aller Machtmittel sich sicher fühlen, eine Grenze ihres Thuns setzt.

* In der **russischen** Hauptstadt war in den letzten Tagen wieder das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers **Bunge** verbreitet, doch ist vorläufig eine Aenderung im Cabinet kaum wahrscheinlich, da alle Minister demnächst ihren Sommerurlaub antreten. In ihrer Abwesenheit werden die Minister von ihren Gehilfen vertreten, und es ist nicht anzunehmen, daß in dieser Zeit eine so einschneidende Bestimmung, wie die eines Wechsels im Finanzministerium, getroffen werden sollte.

* Am 18. d. M. um 2 Uhr Morgens hat die griechische Kammer das neue **Trikupis'sche Wahlgesetz** angenommen. Selten, so schreibt ein Berichterstatter der „Daily News" über die denkwürdige Sitzung, sind einem Staatsmanne einleuchtendere Beweise dafür erbracht worden, daß das Land hinter ihm steht, als Trikupis. Schon lange hatte die Nation gefühlt, daß einige gründliche Aenderungen in der Kammer durchaus nothwendig waren. Es erforderte indessen einen starken Willen, Maßregeln wie die Beschränkung der Zahl der Abgeordneten, die Erschwerung der Wählbarkeit von Militairpersonen und die Erweiterung der Wahlbezirke anzuregen; zum Glück für Griechenland hatte Trikupis solch einen durchgreifenden Willen und den moralischen Muth, diese Maßregeln einer Kammer zu unterbreiten, welche noch vor wenigen Monaten mit wenigstens 160 Stimmen Delyannis wieder ans Ruder gebracht hatte. Für die meisten der jetzigen Abgeordneten war es eine Frage auf Tod und Leben, denn etwa 150 von ihnen werden niemals mehr die Schwelle der Kammer überschreiten. Selbst viele Anhänger Trikupis' wußten, daß sie ihr Todesurtheil unterzeichneten, aber ihre Ueberzeugung, daß diese Maßregeln dem Vaterlande zum Heile gereichen würden, war so stark, daß jegliches persönliche Interesse unterdrückt wurde. Stundenlang hatte außerhalb des Kammergebäudes eine dichtgedrängte Menge der Entscheidung geharrt, und als endlich Trikupis' Wagen sichtbar wurde, machte sich das Gefühl des Volkes in lautem und anhaltendem Jubel Luft. Die Menge ließ es sich nicht nehmen, dem Ministerpräsidenten bis zu seiner Wohnung das Geleit zu geben, wo Trikupis vom Balcon aus eine Ansprache hielt. „Ein großes Werk", so sagte er, „ist vollendet. Unter dem schirmenden Schild solcher Gesetze werden sich unsere nationalen Freiheiten kräftigen und wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, das Griechenthum von frischem Leben belebt zu sehen."

* Die **Pariser** politischen Kreise stellen sich ob des in England wegen der **Neuen Hebriden** rege gewordenen Mißtrauens einigermaßen verwundert. Es ist das vielleicht die klügste, jedenfalls die bequemste Art und Weise, sich mit einem Zwischenfall abzufinden, dessen Nutzbarmachung im eigenen Interesse noch einigermaßen fragwürdig erscheint. Man behandelt den Fall bagatelle, wobei immer noch die Möglichkeit bleibt, je nach der weiteren Entwickelung desselben ihn ganz und gar ad acta zu legen oder mit verstärktem Nachdruck darauf zurückzukommen. Jenseits des Canals wird die genau entgegengesetzte Praxis befolgt. Man giebt einem Vorkommniß, das verschiedenartige Auffassungen zuläßt, vorweg die alarmirendste Deutung, um sich unter allen Umständen volle Handlungsfreiheit zu wahren. Die Londoner Blätter machen den Act des Hissens der französischen Flagge auf den Neuen Hebriden schleunigst zu einer völkerrechtlichen Principienfrage, um Frankreich moralisch zum Farbebekennen zu zwingen. Das ist ihnen dem Anschein nach wenigstens und für den Augenblick auch vollständig gelungen; Herr v. Freycinet hat sich Lord Lyons' gegenüber zur Rückgängigmachung der Flaggenhissung anheischig gemacht. Damit wäre der Handel formell erledigt, die Gemüther aber wollen sich sobald noch nicht wieder beruhigen. Die öffentliche Meinung Englands und mehr noch Australiens hält sich nun einmal überzeugt, daß Frankreich im Stillen Ocean neue Annexionspläne verfolge und dieselben auf die eine oder andere Weise ins Werk zu setzen suchen werde. Daß französische Neuerwerbungen im Stillen Ocean nur auf Kosten und zum Nachtheil der anglo-australischen Interessen Platz greifen können, gilt als so selbstverständlich, daß mit Untersuchungen dieses Punctes keine Zeit verschwendet wird, sondern nur die Frage in Betracht kommt, auf welche Art man den französischen Gelüsten am besten begegne. Aus all den gepflogenen Erörterungen spricht eine tiefe Abneigung dagegen, Frankreich in den pacifischen Gewässern als zu colonialem Erwerb berechtigte